

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, David Erkalp, Stephan Gamm,
Dr. Anke Frieling, Andreas Grutzeck (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburg braucht Notfallplan gegen drohende Schließung von Kinderarztpraxis!

Wie das „Hamburger Abendblatt“ kürzlich berichtete, drohen in Billstedt knapp 9.000 Hamburger Kinder ihre medizinische Versorgung zu verlieren. Aus finanziellen Gründen steht die Kinderarztpraxis im Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) vor dem Aus. Der Betreiber, der Rahlstedter Allgemeinmediziner Dr. Bastian Steinberg, teilte mit, dass die Praxis schließen müsse, wenn diese keine Unterstützung bekäme. So könne nicht jahrelang ein Defizit erwirtschaftet werden. Die Praxis wird derzeit mit drei angestellten Ärztinnen betrieben, die nicht in Vollzeit arbeiten. Den Hauptgrund für die Situation der Praxis stellt laut Steinberg die Tatsache dar, dass der Aufwand, den die Ärztinnen dort betreiben, nicht ausreichend honoriert werde. Acht von zehn Kindern dort sprechen ebenso wenig Deutsch wie ihre Eltern. Die Untersuchungen und Behandlungen erfordern erheblich mehr Zeit als in anderen Stadtteilen – etwa 30 Prozent mehr pro Kind.

Laut Berichterstattung wurden sowohl die Kassenärztliche Vereinigung (KV) als auch Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer auf die Situation aufmerksam gemacht. Die Behörde habe erklärt, die KV könne der Praxis mit Mitteln aus dem Strukturfonds helfen. Für eine kurzfristige Sicherung der Liquidität hat die KV daraufhin angeboten, einen Vorschuss auf Honorare zu geben, die normalerweise erst Monate später ausgezahlt werden. Diese Maßnahme zeigt sich jedoch in der Realität als nicht weitreichend genug. Laut Angaben des Betreibers werde die Praxis im Januar ein sechsstelliges Defizit haben.

Die drohende Versorgungslücke für 9.000 Kinder in Billstedt, dem geburtenreichsten Stadtteil Hamburgs, ist nicht hinnehmbar. Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen, in denen Kinder nicht selten aus schwierigen Verhältnissen kommen, muss die medizinische Versorgung in einem ausreichenden Maß sichergestellt sein! Hinzu kommt die Versorgung der Kinder aus den Geflüchtetenunterbringungen, die sich in und um Billstedt befinden. Der Senat muss daher darauf hinwirken, dass die zuvor erwähnte Kinderarztpraxis bestehen bleiben kann. Eine naheliegende Lösung wäre, dass die KV Hamburg mit entsprechenden, ausreichenden Mitteln aus dem Strukturfonds zu einer langfristigen Sicherung beiträgt.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. auf die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg zuzugehen und darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Mittel aus dem Strukturfonds umgehend bereitgestellt werden, damit die von der Schließung bedrohte Kinderarztpraxis langfristig weiterbetrieben werden kann;
2. sollte die vorgeschlagene Finanzierungshilfe nicht möglich sein, eine alternative Lösung zu entwickeln, die den Erhalt der Kinderarztpraxis in Billstedt sichert;

3. darüber hinaus ein Konzept zu entwickeln, welches darauf abzielt, die kinderärztliche Versorgung in sozialschwachen Stadtteilen langfristig und dauerhaft sicherzustellen;
4. der Bürgerschaft bis zum 01.03.2024 entsprechend zu berichten.